

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 1. Dezember 1988

Nr. 230 (5 858)

Preis 3 Kopeken

## Zur Machtvollkommenheit der Sowjets und zur Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaates

Referat M. S. GORBATSCHOWS

auf der Tagung des Obersten Sowjets am 29. November 1988

I.

Genossen Deputierte!  
Auf dieser außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR steht uns bevor, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der volkumfassenden Aussprache die Gesetzentwürfe über die Wahlen sowie über die Veränderungen und Ergänzungen zur Verfassung der UdSSR zu erörtern und zu verabschieden.

Neben der Umgestaltung in der Partei, die berufen ist, ihr Potential als politische Avantgarde der Gesellschaft zu entfalten, sie von den ihr wesensfremden Funktionen zu befreien und die Verteilung der Funktionen zwischen den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen zu sichern, bieten uns die dem Obersten Sowjet zur Erörterung unterbreiteten Gesetzentwürfe ein weites Betätigungsfeld für die praktische Arbeit zur Verwirklichung der politischen Reform, die von der XIX. Unionspartei-Konferenz der KPdSU geplant wurde. Damit wird dem Prozess der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft ein neuer mächtiger Impuls verliehen.

Welchen Platz behaupten die geplanten Veränderungen im umfassenden Programm der revolutionären Umgestaltung? Charakterisiert man den Inhalt der gegenwärtigen Periode zusammenfassend und zeichnet man sozusagen ihr politisches Profil, so ist dies der Übergang vom Stadium, als die Mitte der 80er Jahre entstandene Situation inhaltlich erfaßt wurde, die Pläne reiften und die einheitliche Konzeption der Umgestaltung geformt wurde, zum Stadium, wo die Ideen immer mehr den Charakter

politischer Einstellungen und Gesetzbestimmungen gewinnen, und die Arbeit, die Organisation des Lebens auf neue Art in den Vordergrund rücken. Diese Periode ist kompliziert und auch in höchstem Grad verantwortlich. Die Umgestaltung ist die Hauptpriorität unserer Tätigkeit. Sie ist der Schlüssel zur Erhaltung und Entfaltung der wahren sozialistischen Errungenschaften, Ideale und Grundsätze, wie auch zur Überwindung von Deformationen und negativen Erscheinungen, die wir aus der Vergangenheit geerbt haben, sowie zur Lösung praktischer Aufgaben in jedem Gebiet, Rayon und Arbeitskollektiv.

Deshalb müssen wir so handeln, damit dieser Prozess an Kraft gewinnt, damit keinerlei Zusammenreffen von Umständen, keine Einzelprobleme und Unklarheiten ihn bremsen, und umso mehr gefährden können. Daran, Genossen, müssen wir alle denken — jeder Arbeiter, Bauer, Intellektuelle, jeder Sowjetbürger.

Die Besonderheit des gegenwärtigen Moments besteht darin, daß unsere weitere Entwicklung immer mehr gegen die Unvollkommenheit der politischen Institutionen stößt. Das bekommen wir auf jedem Schritt zu spüren.

Die Verabschiedung der Gesetze über den staatlichen Beschäftigten und die Kooperation, die Schaffung von Bedingungen für den weitgehenden Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung, zur Vertrags- und der Pachtmethode haben den Weg für die allmähliche Sanierung der Ökonomie, für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes eröffnet.

Viele Initiativen und Ideen der Werktätigen verlieren sich jedoch in den bürokratischen Labyrinth

oder stoßen sogar auf Widerstand. Deshalb besteht die Hauptlehre der letzten Zeit darin, daß die beschleunigte Überwindung der Stagnation ohne Demokratisierung unseres ganzen Lebens, ohne Wiederbelebung der Sowjets als Vertretungsorgane der Macht und der Selbstverwaltung des Volkes unmöglich ist.

Hier liegt auch die Antwort auf die Frage, die man nicht selten hören muß: Gehen wir nicht verfrüht an die politische Reform, ohne ihre materielle Basis geschaffen, ohne eine grundlegende Wandlung in der Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Menschen an Nahrungsmitteln, Waren, Dienstleistungen und Wohnungen zu haben? Nein, Genossen, leichte Wege gibt es nicht. Ich mußte wiederholt darüber sprechen, daß die Aufgaben, die wir uns für die nächste Zukunft und für die Perspektive stellen, nur in Übereinstimmung der ökonomischen Reform mit den politischen Umwandlungen, der Demokratisierung und Offenheit zu lösen sind.

Wenn wir die Prozesse, die sich heute in der Ökonomie, in der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft, in der Sanierung des geistigen Bereichs eingesetzt haben, nicht durch die politische Reform untermauern, für sie nicht ein entsprechendes System der Leitung schaffen, die Arbeit der Sowjets und unserer Kader nicht radikal erneuern — dann werden die Umgestaltungsprozesse unweigerlich ins Stocken geraten.

Wir haben gute Lehren aus den Erfahrungen der in der Vergangenheit mißlungenen Versuche gezogen, die Sachlage in der Ökonomie zu verbessern, ohne etwas in der Politik zu ändern, ohne umfassende demokratische

Umwandlungen zu unternehmen. Die politische Reform ist eine Art Sauerstoff, der für die Lebensfähigkeit des gesellschaftlichen Organismus unentbehrlich ist. Ihr Ziel besteht darin, die Interessen der Persönlichkeit mit den Interessen des Kollektivs und der ganzen Gesellschaft durch die Demokratisierung aller Seiten des Lebens zu verbinden, den Menschen der Arbeit in der Tat als den Herren in der Produktion und in dem Staat in den Blickpunkt des gesamten politischen Prozesses zu stellen.

Die Umgestaltung hat die bei uns in den Stagnationsjahren herrschende trügerische Ruhe buchstäblich gesprengt, sie hat einen Impuls der breiten und freien Diskussion gegeben, viele heranreiften und wunden Fragen heraufbeschworen. Die Riesenergie dieses gesellschaftlichen Prozesses darf nicht zerfließen, nicht umsonst vergeudet werden und umso weniger zu sozialen und nationalen Unruhen führen, sondern sie muß auf reale Taten, voll und ganz auf die Erreichung wahrhaft revolutionärer Aufbaueziele gerichtet werden.

Gegenwärtig, da wir vor komplizierten Riesenaufgaben stehen, dürfen wir vor dem großen Ausmaß des Neuen, vor der Vielfalt der ausgelebten Meinungen und Emotionen nicht den Kopf verlieren. Das alles wurde dank der Umgestaltung möglich und soll zur weiteren Entwicklung der Erneuerungsprozesse in unserer Gesellschaft beitragen.

Es gilt, zielstrebig und kontinuierlich den vom XXVII. Parteitag und der XIX. Unionspartei-Konferenz vorgezeichneten Weg zu gehen, demokratische Instrumente für die freie Meinungsäußerung und Koordinierung man-

nigfaltiger Meinungen und Interessen auszuarbeiten. Genossen Deputierte, das Gesagte charakterisiert die Bedeutung der Frage, die heute vom Obersten Sowjet der UdSSR erörtert wird.

Man muß auch klar sehen, welchen Platz die Umwandlungen, die gegenwärtig angeregt werden, in der Entwicklung der sowjetischen Staatlichkeit einnehmen, sie sozusagen auf der Waage der Geschichte abwägen.

Die Machtfrage ist in einer beliebigen Gesellschaft die wichtigste. Doch eine besondere Bedeutung gewinnt sie in Revolutionszeiten, wenn das alte politische System niedergebrochen wird und ein neues aufkommt, wenn neue Normen und Regeln behauptet werden, nach denen sich die Gesellschaft eine ganze historische Epoche lang richten und entwickeln wird.

Alle Fragen der großen Politik — die Stelle und die Rolle der Partei, des Sowjetstaates, der Gewerkschaften, des Komsomol und anderer gesellschaftlicher Organisationen, die Ordnung ihrer Wechselbeziehungen, die Prinzipien und Normen, die die Tätigkeit der Leitungsorgane und den Verlauf des Staatslebens regeln, die Beziehungen zwischen Staat und Bürger — ich wiederhole, alle politischen Fragen müssen im Sozialismus so gelöst werden, daß man von dem Wichtigsten — den Interessen des werktätigen Menschen — ausgeht.

In der ersten Nachkriegsperiode hatte sich, mit W. I. Lenin gesprochen, eine einheitliche durch eine föderative Union besiegelte „gesamtstaatliche Sowjetmacht“ gebildet. Regelmäßig wurden Kongresse der Sowjets und Sitzungen der Zentra-

len Vollzugskomitees einberufen, auf denen in einer Atmosphäre freier Diskussionen die wichtigsten Lebensfragen des Landes erörtert und gelöst wurden. Durch die Sowjets wurden an der Basis Millionen von Arbeitern und Bauern in das politische Leben einbezogen. Sie lernen ihren Staat regieren. Die Arbeit des Apparats wurde wachsam von den Organen der Arbeiter- und Bauern-Inspektion kontrolliert.

Natürlich klappte in diesem frühen Stadium des sozialistischen Aufbaus im politischen Mechanismus bei weitem nicht alles. Es wurde jedoch das Fundament der sozialistischen Demokratie gelegt, es vervollkommneten sich ihre Institutionen und bildeten sich die Traditionen heraus.

Jetzt ist uns klar, welche riesige menschliche, politische, moralische und nicht zuletzt auch materielle Kosten unser Land durch tragen mußte, daß dieser Prozess unterbrochen wurde und schon zu Beginn der 30er Jahre autoritäre Machtmethoden und ein bürokratisches Kommando-System Wurzeln schlugen, und sich massenhafte Repressalien und andere Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeiten verbreiteten.

Die allmähliche Entfremdung der Werktätigen der realen Teilnahme an der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten, die immer wachsende Kluft zwischen den offiziell verkündeten demokratischen Grundsätzen und der Praxis des politischen Prozesses, das Verdrängen der Vertretungsorgane durch den Apparat und seine immer zunehmende Bürokratisierung, die Lösung von den Massen — all das führte zu einer Verkücherung des politischen

Systems. Es begann sich aus der Triebkraft der Gesellschaft zu einem Hemmschuh für deren Entwicklung zu verwandeln.

Allerdings konnte sie die durch die Große Revolution und den Glauben an die Ideale des Sozialismus geborene Energie des Volkes dennoch nicht völlig fesseln. Eben dieser Energie, der hingebungsvollen Arbeit und dem Kampf von Tausenden Kommunisten, Millionen Arbeitern, Bauern und Intellektuellen haben wir es zu verdanken, daß sich unser Land in einen der entwickeltesten und einflußreichsten Staaten der Welt verwandelt hat und in dem schweren Krieg, den je die Weltgeschichte gekannt hatte, den Sieg davontrug.

Jedoch der Sache des Sozialismus wurde ein riesiger Schaden zugefügt. Heute haben wir die Absicht, die Werte des Oktoberwiederstandes zu lassen und die von der Revolution verkündeten Lösungen der Freiheit und Demokratie unter Berücksichtigung des akkumulierten ökonomischen, sozialen, kulturellen und intellektuellen Potentials in die Tat umzusetzen. Ein Faktor von kolossaler Bedeutung sind die geistigen Erfahrungen unseres Volkes.

Selbstverständlich ist die Reform des politischen Systems eine äußerst komplizierte Aufgabe, die sich, wie es heißt, nicht auf Anhieb lösen läßt. Daher ist es wichtig, den gesamten Umfang und den Charakter der bevorstehenden Arbeit zur Realisierung der Beschlüsse der XIX. Parteikonferenz über die politische Reform vor Augen zu haben und eine rationale Aufeinanderfolge ihrer Aufgaben festzulegen.

(Fortsetzung S. 2)

# Auf der Tagung im Kreml

In der Diskussion zum Referat M. S. Gorbatschows sprach als erste die Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR Deputierte W. S. Schevtschenko. Sie unterbreitete den Vorschlag, die Gesetzentwürfe der UdSSR mit den Berichtigungen und Ergänzungen anzunehmen, die von den Kommissionen der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR in die Entwürfe eingetragen wurden.

Im Leben des Landes wird diese Tagung einen ausschließlichen wichtigen Platz einnehmen, unterstrich die Deputierte. Die Annahme der Gesetzentwürfe wird einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Gesellschaft, zur Gewährleistung der Volksherrschaft der Sowjets und zur Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaates darstellen. Gerade solche Entscheidungen erwarten die Millionen Wähler von ihren Vertretern im höchsten Machtorgan des Landes.

Während der Volksausprache fanden die Gesetzentwürfe der UdSSR die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Die Rednerin bekräftigte das durch Angaben aus ihrer Unionsrepublik. Die Volksausprache, stellte sie fest, verlief über aktiver Beteiligung aller Schichten der Gesellschaft und der Arbeitskollektive, sie widerspiegelte das gewachsene gesellschaftliche Bewußtsein von Millionen sowjetischer Menschen.

Die Stabilität der Gesetze erzielt zur deren Achtung und strikten Einhaltung. Die Annahme der erörterten Entwürfe, unterstrich die Deputierte ist lediglich der erste Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft. Doch wir müssen ihn heute, und zwar unverzüglich tun. Dieser Meinung ist die überwiegende Mehrheit des Volkes der Ukraine.

Die Rednerin setzte sich mit denjenigen auseinander, die sich gegen die Annahme dieser sehr wichtigen Gesetzentwürfe äußern, die sich abzusondern und dem Internationalismus unserer Gesellschaft entgegen Nationalen entgegenzustellen suchen. Es ist die Aufgabe der Deputierten und aller Sowjets des Landes, die kolossale politische Energie der Werktätigen in die Bahn des Aufbaus und der Beschleunigung der Umgestaltung zu lenken.

Bei einer objektiven und ausgewogenen Einstellung kann man nicht übersehen, daß für die unterbreiteten Gesetzentwürfe schöpferische Zielstrebigkeit kennzeichnend ist, unterstrich der Deputierte A. S. Kamal,

Erster Sekretär des Gomeler Gebietskomitees der Kommunistischen Partei Belorusslands. Er teilte mit, daß die überwiegende Mehrheit der Werktätigen des Gebietes diese Dokumente vom konstruktiven Standpunkt aus bewerten. So beteiligten sich im Großbetrieb — der Vereinigung „Gomselmasch“ — die rund 35 000 Menschen von 44 verschiedenen Nationalitäten beschäftigt, an der Erörterung der Gesetzentwürfe bei großer Vielfalt von Meinungen praktisch jeder dritte Arbeiter. Das Kollektiv machte insgesamt mehr als 250 Vorschläge und Einschätzungen, was an und für sich eine wichtige Kennziffer der aktiv voranschreitenden Demokratisierung der gesellschaftlichen Prozesse ist.

Die vorgeschlagenen Abänderungen und Ergänzungen zur Verfassung der UdSSR betreffen unmittelbar den Bereich der Unions-, Zwischenrepublik- und zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Realität ist von der Art, daß die Schärfe der zahlreichen Probleme hier nicht abflaut, sondern mancherorts bedauerlicherweise noch zunimmt. Sie sind aus den vergangenen und gegenwärtigen Mängeln in der Entwicklung der politischen Kultur hervorgegangen.

Es gibt Fälle eines negativen Verhaltens zu einzelnen Thesen der zur Erörterung stehenden Dokumente. Die Analyse zeigt, daß sie mit provokatorischen Handlungen einzelner Personen zusammenhängen, die ihre ambitionösen Ziele verfolgen und den Weg nationaler Isoliertheit, wirtschaftlicher und politischer Absonderung einschlagen. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden. Man muß sich aktiv und verantwortungsbewußt denjenigen entgegensetzen, die diesen Weg beschreiten, die zu einem Schlag gegen unser höchstes Heiligtum — unsere historische Union und die Freundschaft aller Völker — ausholen.

In Leningrad verlief die Erörterung der Gesetzentwürfe sehr aktiv, sagte der Karussellreder im Baltischen Ordshonikidse-Werk Deputierte I. I. Shironov. Es wurden mehr als 68 000 Vorschläge gemacht. Nach Ansicht des Redners ist eine Änderung der Gesetze die logische Folge der Erneuerung unserer Gesellschaft. Er schlug vor, auf der Tagung beide Gesetze mit den Abänderungen und Ergänzungen zu den wichtigsten Fragen anzunehmen.

Besonders aktiv diskutierten die Leningrader die Entwurfsbestimmungen, in denen über die Wahl der Deputierten von den

gesellschaftlichen Organisationen die Rede ist. Nicht wenig Bemerkungen gab es auch zur Gestaltung der höchsten Machtorgane. Einige nehmen an, so stellte der Deputierte unter anderem fest, daß die Zweckmäßigkeit der Wahl des Obersten Sowjets der UdSSR auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR nicht hinreichend begründet ist. Das Vorhandensein eines solchen ständig wirkenden und sich erneuernden Deputiertenorgans, wie der Oberste Sowjet der UdSSR es sein soll, wird es ermöglichen, die vorhergehende Durcharbeitung der Gesetzentwürfe gründlicher und sorgfältiger zu besorgen.

Im weiteren ging der Deputierte in seiner Ansprache auf Probleme der Erhöhung der Rolle der Sowjets bei der Entwicklung der Territorien ein. Betreffs der bevorstehenden volkswelten Diskussion der Gesetzentwürfe der UdSSR über die örtliche Selbstverwaltung und die örtlich geleitete Wirtschaft verwies der Redner auf die Notwendigkeit, dazu mindestens zwei bis drei Monate einzuräumen.

Der Vertreter der Leningrader Werktätigen äußerte seine Meinung darüber, was sich in Estland und in einigen anderen Regionen des Landes tut. Das sind, so erklärte er, Folgen der Unterlassungen der örtlichen Partei- und Staatsorgane. Der Redner brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß Vernunft, guter Wille und Ausdauer helfen werden, die entstandenen Widersprüche konstruktiv zu lösen. Die Leningrader Arbeiterklasse stimmt für die Umgestaltung und Demokratie im Interesse des Sozialismus und der Werktätigen, unterstrich der Deputierte.

Die Entwürfe der zur Erörterung stehenden Gesetze eröffnen neue Wege zur Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens sowohl im ganzen Staat als auch in seinen Bestandteilen — den multinationalen Republiken, sagte der Deputierte R. N. Nischanow, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans.

Die Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen in den Unionsrepubliken analysierend, stellte der Redner fest, daß der gemeinsame Wohnort, die Lebensweise und Arbeitstätigkeit zahlreicher Nationen, Völkern und nationaler Gruppen, das Zusammenwirken und die gegenseitige Bereicherung der Kulturen und Traditionen äußerst günstige Voraussetzungen für eine vollständige soziale, wirtschaftliche

und politische Entwicklung der Region schaffen.

Auf die nichtdurchdachten und überhasteten Schritte eingehend, die mancherorts im Prozeß der Vorbereitung der Reform des politischen Systems unternommen werden, betonte der Deputierte, daß der isolierte und abgesonderte Entwicklungsweg der Nationen, die Zurückgezogenheit im Kreise eng nationaler Interessen niemals eine historische Perspektive hatten und auch nicht haben werden. Das kann letzten Endes zu einer nationalen Entartung führen. Die Entwicklung der Demokratie und Offenheit haben die gesellschaftliche Initiative entfacht und Voraussetzungen für die Bekundung verschiedener Meinungen und Ansichten geschaffen. Jedoch die Logik unserer Vorwärtsbewegung fordert, daß jegliche Erscheinungen von Pluralismus nicht einen zerstörenden, sondern einen schöpferischen Charakter tragen, daß sie nicht die Trennung, sondern die Konsolidierung der Kräfte und Bemühungen im Namen des Gedelns unseres gemeinsamen Zuhauses — der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — begünstigen.

Zur Frage der regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung vertrat der Redner den Standpunkt, daß man sie nach gutem Durchdenken und Erwägen lösen und in jedem konkreten Fall man nicht von respektbedingten, sondern von gesamtstaatlichen Interessen ausgehen soll.

Im Namen der Moskauer unterstützte der Generalkonstrukteur der Moskauer Produktionsvereinigung Deputierte W. P. Jefremow die Gesetzentwürfe; zugleich lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Fragen, die eine besonders rege Diskussion auslösten und die in den nächsten Etappen der politischen Reform der Sowjetgesellschaft unbedingt zu beachten sind. Eine ernsthafte Durcharbeitung erfordert nach Ansicht der Wähler der Vorschlag bezüglich des Rechts der gesellschaftlichen Unionsorganisationen, unmittelbar Deputierte zu wählen. Die Wahl der Deputierten auf Kongressen und Plenartagungen dieser Organisationen ist unvereinbar mit den allgemeinen demokratischen Prinzipien der Bildung der Sowjets, weil ein bestimmter Teil der Deputierten außer Kontrolle der Wähler gerät. Dabei wird das gleiche Wahlrecht verletzt und ein geschlossenes System der Deputiertenauswahl geschaffen. Es gab Vorschläge darüber, daß die Unionsorgane der gesellschaftlichen Organisationen die Depu-

tierten nicht wählen, sondern nur Kandidaten aufstellen sollen.

Als einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Wahlen betrachtete die Moskauer die Befreiung der Deputiertenkandidaten von ihren Produktions- oder Dienstpflichten für die Anteilnahme an der Wahlkampagne.

Ein großes Interesse lösten die Vorschläge betreffs der Tätigkeit des Verfassungsschutzkomitees aus. Seine Schaffung beauftragt, machten die Moskauer Werktätigen eine Reihe konkreter Vorschläge über die exakte Begrenzung der Funktionen und Kompetenzen des Obersten Gerichts der UdSSR, der Staatsanwaltschaft und des Verfassungsschutzkomitees. Nach Ansicht der Werktätigen müßte das Komitee mit realen Vollmachten ausgestattet sein, bis hin zu dem Recht, Akte zu annullieren, wenn sie mit der Verfassung der UdSSR im Widerspruch stehen.

Die Bestimmungen der vorliegenden Gesetzentwürfe, betonte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Aserbaidschanischen SSR Deputierte S. B. Tatijew, berücksichtigen die souveränen Interessen aller Unionsrepubliken. Während der Erörterung der Dokumente in Aserbaidschan wurden etwa 3 500 Vorschläge und Bemerkungen eingebracht. Im großen und ganzen unterstützten die Werktätigen der Republik die Positionen der politischen Reform. Auch die in Estland angenommenen Beschlüsse blieben nicht unbeachtet. Die meisten äußerten ihre Mißbilligung dazu. Jede Republik, sagte der Redner, hat ihre Verpflichtungen vor der ganzen Gesellschaft. Sogar ausgesprochen interne Probleme müssen wir ausgehend von den Interessen des ganzen Staates aus, bewerten.

Die Umgestaltung, führte der Redner weiter aus, durchleuchtet zahlreiche Probleme, die ein trauriges Erbe der Vergangenheit sind, insbesondere in der Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen. Es gilt, sich mit besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den Prozessen zu verhalten, die die Anti-Perestrojka-Kräfte auszuschalten versuchen.

Man kann und muß die Rechte der örtlichen Machtorgane erweitern. Doch jede Erweiterung setzt das Vorhandensein bestimmter Rahmen und Schranken voraus. Der Deputierte schlug vor, den Gesetzentwurf durch den Hinweis zu ergänzen, der die Erfüllung der Forderungen der Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Deputierten-

sowjets für die untergeordneten garantiert.

Damit schloß die erste gemeinsame Sitzung des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets ihre Arbeit ab.

Auf der zweiten gemeinsamen Sitzung, auf der der Vorsitzende des Unionssowjets J. N. Christoradnow präsidierte, sprach zu Beginn der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, Deputierte G. W. Kolbin. Er berichtete über die Atmosphäre in der Republik, in der die Diskussion der auf der jetzigen Tagung zu erörternden Gesetzentwürfe verlief, und hob hervor, daß es dieses Mal die übliche, vorgetauchte Einheitlichkeit der Meinungen, hinter der sich die Gleichgültigkeit der breiten Massen gegenüber der Tätigkeit der leitenden Organe verbargen, nicht gegeben hat.

Beim Lesen des Entwurfes haben die Menschen jede Verfügung abgewogen und sie mit den gültigen Verfassungen des Landes und der Unionsrepubliken verglichen. In den Streitgesprächen und Diskussionen entstand eine einheitliche Meinung, die vor kurzem der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der Republik vorgelegt wurde. Die Deputierten hatten einen einhelligen Schluß gezogen, nämlich, daß die Umgestaltung in der Wirtschaft, in der Sozialsphäre sowie die Steigerung der Bürgerinitiative unmöglich seien ohne die Durchführung der politischen Reform und die Annahme der aufgestellten Gesetzentwürfe.

Ich bin überzeugt, sagte der Redner weiter, daß bereits heute, zum Zeitpunkt der Annahme der für das Schicksal der Umgestaltung so wichtigen Gesetze, gut über ihre praktische Realisierung nachgedacht werden muß. Zeit ist kostbar. Die Umgestaltung setzt gleichzeitig die Beschleunigung und auch den Ausschluß aller Übertreibungen und nichtdurchdachten Handlungen voraus.

Die sowjetischen Frauen haben breit und interessiert an der Volksausprache zu dem neuen Gesetzentwurf teilgenommen, betonte die Vorsitzende des Sowjetischen Frauenkomitees S. P. Puchowa. Die Rednerin ging auf die prinzipiell neue Lage, die Wahl der Deputierten durch die Massenorganisationen, ein. So wird es möglich sein, hob sie hervor, deren Tätigkeit zu aktivieren, ihre Rolle im Leben der Gesellschaft wesentlich zu stel-

gen und ihre Rechte auf gesetzgebende Initiativen tatsächlich zu nutzen.

Die Frauenräte, das Sowjetische Frauenkomitee vertreten die Interessen der reichlichen Hälfte der Bevölkerung des Landes. Sie sind bereit, ein Programm zur Verbesserung der Lage der Frauen und der weiteren Entwicklung des Schutzes von Mutter und Kind sowie zur Festigung der Familie aufzustellen. Aber kann es nicht so kommen, daß weibliche Deputierte nur von den Frauenorganisationen gewählt werden, und das zu einer bedeutenden Verringerung ihrer Zahl unter den Gewählten führt? Es ist notwendig, erklärte die Rednerin, daß auch andere gesellschaftliche Organisationen bei der Aufstellung ihrer Deputierten und der Durchführung der Wahlkampagne die Rolle der Frauen in den Gewerkschaften, im Komsomol, in den Veteranenräten und den schöpferischen Verbänden nicht vergessen.

In gleichem Maße betrifft das die Wahlen in den Territorialkreisen, wo ebenso die Notwendigkeit der proportionalen Vertreterschaft berücksichtigt werden muß.

Das Sowjetische Frauenkomitee bittet darum, so sagte die Rednerin, bei der Strukturbestimmung des Obersten Sowjets die Organisation einer Kommission zu planen, die es gestattet würde, den gesamten Komplex der Fragen, verbunden mit der Teilnahme der Frauen am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben, mit mehr Vollmachten aufzuweisen und zu lösen.

Abschließend rief die Rednerin dazu auf, die Ausarbeitung der anderen Abschnitte der Verfassung der UdSSR, darunter derjenigen, die die Gleichberechtigung der Frau und den Schutz der Familie betreffen, nicht länger aufzuschieben.

Der Deputierte A. N. Fadejew, Vorsitzender des Kolchos „Borez sa mir“, Gebiet Uljanowsk, machte eine Reihe konkreter Vorschläge. Der Redner brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Entwürfe nach ihrer Bestätigung es unserem Staat ermöglichen werden, fürwahr volksumfassend zu werden und den Sowjets der Volksdeputierten eine führende Stellung gegenüber den Exekutivorganen einzunehmen.

Jedoch, unterstrich der Deputierte, enthalten die Gesetzentwürfe Bestimmungen, die man präzisieren und sogar grundsätzlich ändern muß. Seiner Meinung nach ist es aus ihrer heutigen Fassung beispielsweise nicht klar, auf welche Weise die Deputierten von den Massenorganisationen der RSFSR gewählt werden, da sie keine zentralen

(Schluß S. 4)



# Zur Machtvollkommenheit der Sowjets und zur Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaates

(Schluß)

onsrepubliken repräsentieren. Diese Gruppe könnte unter Teilnahme von Spezialisten — Wirtschaftswissenschaftlern, Soziologen und Juristen — die ganze Geschichte der Entwicklung der Befugnisse der Union der SSR und der Republiken Punkt für Punkt durchstudieren, die in diesem Bereich verlaufenden Prozesse analysieren und solche Abgrenzung der Kompetenzen der Republiken und der gesamten sowjetischen Föderation ausarbeiten, die maximal den Aufgaben der weiteren Entwicklung unseres Landes und der Harmonisierung der zwischennationalen Beziehungen unter den Bedingungen der erfolgreichen Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft entsprechen würde.

Findet dieser Vorschlag Unterstützung, so wird man auf dieser Tagung einen diesbezüglichen Beschluß fassen können.

## V.

Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Reform, die wir verwirklichen, ist die gründliche Erneuerung der Tätigkeit der örtlichen Sowjets. Davon hängt jetzt in vielem der weitere Verlauf der Umgestaltung ab. Die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe und die Befriedigung der sozialen Belange der Werktätigen sind ja nur bei aktiver Unterstützung durch die örtlichen Behörden möglich.

Die Selbstverwaltung auf der Ebene der Arbeitskollektive ist ihrerseits eng mit der Selbstverwaltung der Territorien verbunden.

Kurz gesagt, alle brauchen einen starken und gestatten Sie mir diesen Ausdruck, selbständigen örtlichen Sowjet. Es bleibt jedoch vorläufig in vielem ein rechtloser und armer, der sich gegenüber den Behörden nicht behaupten kann und gezwungen ist, für die karge Ration zu existieren, die ihm das Restprinzip der Bereitstellung von Mitteln für die örtlichen Belange bietet.

Die Wiederherstellung der Vollmacht der Sowjets setzt eine Reorganisation der Leitung der örtlichen Angelegenheiten auf den Grundsätzen der Selbstverwaltung, Eigenfinanzierung, Selbstversorgung und der Koordinierung örtlicher Interessen mit gesamtstaatlichen Voraussetzungen. Man muß den örtlichen Machtragorganen einen politischen Impuls verleihen, sie auf selbständige Arbeit orientieren, unter voller Berücksichtigung dessen, daß jetzt niemand ihre Fragen für sie lösen wird.

Die Selbständigkeit der Sowjets auf jede Weise zu festigen — das ist eine der Hauptaufgaben in der heutigen Etappe der Umgestaltung, die Aufgabe unserer Parteilorganisations. Die Weisheit der politischen Leitung besteht gerade darin, für die aktive Arbeit aller Kräfte der Gesellschaft zu gewinnen, auf ihre Initiative und Selbsttätigkeit zu bauen, nicht durch Befehle, sondern durch die Autorität des richtigen Kurses, durch Überzeugung zu handeln. Die Parteikomitees beginnen diese Kunst zu erlernen.

Ich möchte nochmals das unterstreichen, wovon schon auf der XIX. Konferenz der KPdSU die Rede war: Die Wiederherstellung der Vollmacht der Sowjets bedeutet keinesfalls eine Abkehr der Partei von ihrer Stellung im politischen System des Sozialismus.

Die Partei war der Initiator der Umgestaltung, sie ist heute die Triebkraft der Erneuerung und erneuert sich selbst auf den Leninschen Prinzipien. Nur die Partei mit ihrer Autorität und ihren Möglichkeiten vermag, die verbindende Rolle zu erfüllen, in einer einheitlichen Politik die vielfältigen, gelegentlich widersprüchlichen sozialen Interessen zu integrieren. Nur die Partei, die sich die Eigenschaft der führenden revolutionären Kraft zurückerobert hat, die ständig ihr Recht, in der Avantgarde der Gesellschaft zu schreiten, bestätigt, kann eine Vorwärtsbewegung unseres Landes zu neuen Zielmarken des Fortschritts gewährleisten.

Doch gerade damit die Partei wie auch die Sowjets ihre Rolle im politischen System effektiv erfüllen können, müssen die Funktionen der Partei und der Sowjetorgane streng getrennt werden. Die Arbeit in dieser Richtung hat begonnen. In einer relativ kurzen Zeitspanne, die nach der Konferenz verfloßen ist, sind Maßnahmen zur Überwindung der Doppelungen der Staatsorgane durch die Parteilorgane, zur Rekonstruktion des Apparats sowie zur Umschaltung der Hauptaufmerksamkeit der Parteilorganisations aller Ebenen auf die Erfüllung der Funktionen der politischen Leitung ausgearbeitet und in Angriff genommen worden.

Die Hebung der Rolle der Sowjets setzt auch eine wesentliche Verbesserung der Tätigkeit der Exekutivkomitees voraus. Mit Fug und Recht haben wir die Forderung gestellt, mit dem Diktat des Apparats Schluß zu machen und ihn den Volksvertretern zu unterordnen. Doch das bedeutet allerdings nicht, daß man die in den Abteilungen der Exekutivkomitees wirkenden Spe-

zialisten in die Rolle passiver und teilnahmsloser Auftragnehmer versetzen muß. Durchaus nicht. Ein starker Sowjet ist daran interessiert, daß ihm bei der Durchsetzung seiner Beschlüsse gut ausgewählte, qualifizierte und initiativreiche Leute wirksam helfen.

Die Hauptaufgabe bei der Festigung der Sowjets ist die Schaffung einer starken materiellen und Finanzbasis, die Freisetzung ihrer wirtschaftlichen Energie und die Hebung ihrer Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit allem Nötigen.

Man muß den Teufelskreis sprengen, wo man das Problem der finanziellen Sicherstellung der Sowjets durch eine mechanische Umverteilung der Mittel zwischen verschiedenen Haushalten zu lösen sucht. Die Erfahrung zeigt, daß dies zu nichts Gutem führt, sondern die ohnehin komplizierte finanzielle Lage des Landes nur noch verschlechtert.

Die Lösung des Problems kann ausschließlich auf ökonomischer Grundlage erfolgen. Es scheint die Notwendigkeit vorzuliegen, die Betriebe, die für den örtlichen Markt Erzeugnisse produzieren und Dienstleistungen erweisen, die Objekte des Agrar-Industrie-Komplexes, der Kommunalwirtschaft und anderer Branchen des sozialen Bereichs sowie solche, die die Herausbildung allgemeiner wirtschaftlicher Bedingungen für die Entwicklung in den Territorien sichern, den Sowjets zur Verwaltung zu übergeben.

Man muß den Übergang zur Eigenfinanzierung der Territorien, zur Nutzung der Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und zu ökonomisch begründeten Normativen beschleunigen. Die Ökonomen halten es für vertretbar, Zahlungen für die Nutzung sowohl der Naturreisourcen als auch der Arbeitskräfte festzusetzen.

Viele interessante Vorschläge bezüglich materieller und finanzieller Möglichkeiten der Sowjets wurden bei der Behandlung der Gesetzentwürfe geäußert, die der Tagung vorgelegt worden waren. Sie bedürfen alle eines aufmerksamen und unvoreingenommenen Studiums.

Ganz besonders möchte ich auf die Notwendigkeit hinweisen, energischer den Weg der Selbstverwaltung als der Gesamtheit aller Formen der Verteilung und der unmittelbaren Demokratie unter der Ägide der örtlichen Sowjets zu bahnen. Mögen Volksaufträge und Versammlungen stattfinden, auf denen die Bürger die sie bewegenden Probleme gemeinsam lösen.

Die gesellschaftlichen Bewegungen und die Organe der Eigeninitiative tun ihr Bestes bei der Umsetzung der Kinder und Invaliden, beim Natur- und Denkmalschutz sowie bei der Verschönerung der Territorien. Kurzum, man muß nur mutiger zupacken und nicht auf Anweisungen und Direktiven warten. Es bedarf aber auch eines guten Gesetzes über die örtliche Selbstverwaltung und die örtlich geleitete Wirtschaft. Zur Zeit wird solch ein Gesetz erarbeitet, und man sollte es bereits auf der ersten Tagung des neuen Obersten Sowjets der UdSSR erörtern.

## VI.

Genossen! Es wird keine Übertreibung sein, wenn ich sage, daß der Entwurf des Gesetzes über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR, das Ihnen zur Erörterung vorgelegt wurde, eine im wahrsten Sinne des Wortes radikale Erneuerung unseres Wahlsystems darstellt.

Das neue Gesetz wie auch die ganze jetzige Atmosphäre im politischen Leben des Landes garantieren eine reale Verwirklichung jener Normen, die offiziell bis jetzt proklamiert werden, jedoch in der Praxis oft nicht befolgt wurden.

Die wichtigste Besonderheit des neuen Wahlgesetzes ist, daß es die Abstimmung in Wahlkreisen mit jeweils einem Mandat vorsieht, um das sich mehrere Kandidaten bewerben. Auf diese Weise bietet sich die Möglichkeit einer tatsächlichen Wahl. Die Frage, wie diese Möglichkeit zur Herausbildung eines vollwertigen Deputiertenkorps, der das Land unter den Bedingungen der Umgestaltung zu leiten vermag, genutzt werden wird, ist zur Zeit von ersterangiger Bedeutung.

Wir müssen die vorhandenen Möglichkeiten maximal dazu nutzen, daß sich jeder Wähler mit den Kandidaten bekannt machen kann. Zu Versammlungen, so sehr man sich darum bemüht, kommen nicht alle. Hierbei könnten Rundfunk, Fernsehen und Presse eine große Rolle spielen. Was kann überzeugender als öffentliche Debatten wirken, in deren Verlauf die Kandidaten die ihnen gestellten Fragen beantworten, die Menschen über ihre Ansichten informieren und, wenn Sie wollen, einfach zeigen, wer was ist.

Zahlreiche Teilnehmer der Erörterung sprachen sich für eine Berichtigung aus, laut der die Wahlen nur unter der Bedingung stattfinden dürfen, wenn mindestens zwei Kandidaten miniert werden sind. Es gab aber, ebenfalls nicht wenige, dazugehörige Äußerungen, die

Rechte der Wähler bei der Entscheidung der Frage über die Zahl der Kandidaten nicht einzuschränken. Im Hinblick darauf wurde in den Gesetzentwurf folgende Präzisierung eingetragen: In den Wahlzettel darf eine beliebige Zahl von Kandidaten eingetragen werden.

Es ist verständlich, daß es dabei zu Komplikationen kommen kann. Jedes Kollektiv wird bestrebt sein, seine Vertreter durchzubringen. Und wenn wir keine Regelung dieses Prozesses vorsehen, so laufen wir Gefahr, anstelle einer bewußten Wahl ein Durcheinander zu erleben. Deshalb ist im Entwurf eine Vorerörterung der Kandidaten auf der Kreiswahlversammlung vorgesehen, die das Recht eingeräumt wird, die Kandidaten bei der Registrierung in der entsprechenden Wahlkommission zu vertreten. Ohne ein solches Element des Wahlsystems werden wir offensichtlich nicht auskommen.

Den größten Meinungsunterschied löste die im Entwurf gemäß den Beschlüssen der XIX. Unionspartei-Konferenz angenommene Bestimmung über die Wahl aus, wonach ein Drittel der Volksdeputierten der UdSSR von gesellschaftlichen Organisationen gestellt werden. Die einen befürworteten es wärmstens, bei anderen löste das Zweifel aus, wieder andere erblickten darin eine Abweichung von den allgemein-demokratischen Grundsätzen des Wahlsystems.

Das ist eine prinzipielle Frage. Es handelt sich hier um eine beachtliche Neueinführung in unser politisches Leben. Und es ist sehr wichtig, daß wir darauf bewußt und mit einem hohen Maße gesellschaftlichen Elmentars gehen. Deshalb werde ich darüber ausführlicher sprechen.

Man muß berücksichtigen, daß die Vertretung der gesellschaftlichen Organisationen in den Machtragorganen untrennbar mit der Wiederherstellung der Leninschen Traditionen des Sowjetsystems unter neuen Bedingungen verbunden ist. Worin besteht die wesentliche Besonderheit des neuen Systems, die es von allen früheren Formen der Organisation der Staatsmacht unterscheiden wird? In der direkten und dabei ständigen Verbindung mit den Werktätigen. Die Sowjets und ihre Kongresse haben als weitreichende Volksversammlungen nicht aber als Organe, die die Angelegenheiten im Namen des Volkes entscheiden.

Bedauerlicherweise ist dieser Wesenszug vielfach verlorengegangen. Jetzt ändert sich diese Lage radikal einerseits dank der Wiederherstellung des wahrhaft demokratischen Charakters der Wahlen nach territorialen und national-territorialen Kreisen und andererseits dank deren Ergänzung durch die Wahlen von den gesellschaftlichen Organisationen aus.

Was bietet diese letztere Maßnahme? Erstens erhalten die Werktätigen in der Gestalt ihrer gesellschaftlichen Organisationen einen weiteren Kanal direkter Einwirkung auf die Tätigkeit der Staatsmacht. Mit anderen Worten, unter neuen Bedingungen und auf neuem Weg erlangt der einzigartige Wesenszug des Sowjetsystems wieder sein Recht. Zweitens schafft diese Neueinführung nicht die traditionellen demokratischen Formen ab, die sich unter unseren Bedingungen bereits eingewurzelt haben, sondern bereichert sie wesentlich. Die Vertretung der gesellschaftlichen Organisationen eröffnet der Vertretung der territorialen und nationalen Gemeinden gleichsam einen weiteren Kanal der Volksherrschaft. Es entsteht die Möglichkeit, die konkreten Interessen, Hoffnungen und Belange aller Klassen und sozialen Schichten unserer Gesellschaft besser zu berücksichtigen. Wenn Sie wollen, ist das ein sozialistischer Pluralismus der Meinungen in Aktion.

Und drittens ist die neue Ordnung berufen, die gesellschaftlichen Organisationen selbst günstig als Elemente des politischen Sowjetsystems zu beeinflussen und die Überwindung der Passivität in ihrer Arbeit zu fördern. Denn mit Erhalt des Rechts auf Vertretung in den Machtragorganen wird jede von ihnen die Interessen der durch sie vereinten Menschen und ihre politische Plattform exakt ausdrücken müssen.

Die Erörterung dieser Plattform sowohl innerhalb der Organisation als auch in der ganzen Gesellschaft wird es ermöglichen, Mängel zu ermitteln und die Reihen zu konsolidieren; während der Wahlkampagne werden neue Kader befördert werden, und die Aktivität der einfachen Mitglieder wird zunehmen.

Mit einem Wort, es ist zu erwarten, daß dadurch frisches Blut den Sowjets und den gesellschaftlichen Organisationen selbst zufließen wird. Nun läßt uns jetzt auch die während der Erörterung geäußerten Zweifel erörtern. Einige Genossen, die im Laufe der Diskussion aufgetreten sind, hielten es für unannehmbar, daß ein Teil der Menschen nur durch Deputierte, die in den territorialen und national-territorialen Kreisen gewählt wurden, vertreten sein wird, und die Interessen anderer werden unter anderem auch die Deputierten von Massen-

organisationen verteidigen werden. Mit dieser Schlußfolgerung kann man sich nicht einverstanden erklären.

Denken wir uns mal hinein: Die Massenorganisationen umfassen praktisch die gesamte Bevölkerung des Landes. Das ist die Kommunistische Partei mit ihren fast 20 Millionen Mitgliedern, der Leninsche Komsomol, der 36 Millionen Jungen und Mädchen angehört, die Gewerkschaften, in denen so gut wie alle Arbeiter und Angestellten organisiert sind, die Genossenschaften, das heißt unsere gesamte Kolchosbauernschaft und die Mitglieder von Konsum-, Gewerbe- und anderen neu gegründeten Genossenschaften, die Frauenräte, die die Interessen aller sowjetischen Frauen zu verteidigen haben, der Veteranenrat, der über 50 Millionen Rentner und überhaupt Menschen der älteren Generation vertritt, die schöpferischen Verbände, die die sowjetischen Kulturschaffenden aller Nationalitäten vereinen, die Vereinigungen der Wissenschaftler und andere.

Es wäre einfacher zu fragen, wen die gesellschaftlichen Organisationen nicht vertreten, und es ist korrekt, zu sagen, daß über sie, wie auch über die territorialen und national-territorialen Kreise in den Machtragorganen alle sowjetischen Bürger vertreten sein werden.

Weiter. Viele Diskussionssteher, die das Vertretungsprinzip der Massenorganisation an sich für gut halten, fanden dennoch die vorgeschlagene Wahlordnung un-demokratisch. Sie nehmen an, daß dies unmittelbar in den Grundorganisationen oder sogar in den Wahlkreisen getan werden muß, sonst würde die ganze Prozedur einen bürokratischen Charakter annehmen und einzig auf die Bestätigung der Leiter dieser oder jener Massenorganisation hinauslaufen.

Ich möchte betonen, daß solche Befürchtungen auch in den frühen Stadien der Vorbereitung der Gesetzentwürfe entstanden. Eben deshalb wurde der Vorschlag abgelehnt, daß die Aufstellung der Kandidaten und die Wahlen auf denselben Sitzungen, Tagungen, Konferenzen oder Plenen der Massenorganisationen stattfinden soll. In diesem Fall wäre es wirklich unmöglich, eine ernsthafte Erörterung der Kandidaturen abzuschließen.

Als Ergebnis der Erörterung wurde in den Gesetzentwurf noch eine Verbesserung eingetragen und zwar: Bei der Aufstellung der Kandidaten müssen die Massenorganisationen die Vorschläge berücksichtigen, die von den örtlichen Organen, von den Grundeinheiten und den Mitgliedern dieser Massenorganisationen kommen.

Weiterhin muß beachtet werden, daß nach der Aufstellung der Kandidaten verhältnismäßig lange, zum Beispiel ein bis zwei Monate die öffentliche Diskussion erfolgt. In deren Verlauf können nicht nur die Mitglieder der jeweiligen Organisation, sondern auch andere Bürger ihre Meinungen zum Ausdruck bringen. Und erst danach werden die Deputierten auf den Konferenzen oder turnusmäßigen Plenartagungen in geheimer Abstimmung gewählt.

Kurzum, all das vollzieht sich vor den Augen der Öffentlichkeit. Und das bedeutet, daß die Möglichkeit der Wahl von Menschen, die nur eine geringe Volksunterstützung genießen, auf ein Minimum reduziert wird.

Das sind die Argumente zur Verteidigung der vorgeschlagenen Ordnung der Vertreterschaft der Massenorganisationen in den Machtragorganen. Es scheint, daß ihre Einführung, einen ernsthaften Ruck auf dem Weg zu einer neuen Qualität der sozialistischen Demokratie bedeutet.

Natürlich ist das eine ungewöhnliche Sache, die in ihrem Ausmaß und Charakter keinerlei Analogien in der Weltpolitik kennt. Wir wollen hier auf der Tagung noch einmal unsere Meinungen über diese Frage austauschen. Dabei muß man auch beachten, daß die Praxis, die Erfahrungen es erfordern werden, in der Ordnung der Wahl der Deputierten einige Präzisierungen einzubringen.

Das neue Gesetz muß sich in der Praxis bewähren. Wenn wir sehen, daß Berichtigen notwendig sind, soll's daran nicht liegen. Jetzt ist es wichtig, zu beginnen.

Einige Diskussionssteher brachten die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Deputierten der Massenorganisationen nur spezifische Interessen, sozusagen die ihrer Zunft, ihrer Organisation durchsetzen werden. Aber ähnliche Vorwürfe könnte man in diesem Fall jedem beliebigen Deputierten machen, da er verpflichtet ist, den Willen derjenigen zum Ausdruck zu bringen, die ihn in das Machtragorgan gewählt haben.

Anders gesagt, die Vertreterschaft durchaus konkreter Bevölkerungsgruppen, die Durchsetzung ihrer spezifischen Bedürfnisse — das ist eine gesetzmäßige und natürliche Angelegenheit, ohne die das System der Vertreterschaft jeden Sinn verlieren würde. Aber das ist nur eine Seite der Frage. Eine andere, nicht weniger wichtige besteht darin, daß jeder Deputierte an der Lösung von Problemen gesamtstaatlicher Bedeutung teilnimmt und folglich nicht nur vor seinen

Wählern, sondern auch vor dem ganzen Volk Verantwortung trägt. Wenn immer er auch vertritt — eine Republik, die Gewerkschaften, einen territorialen Kreis oder einen schöpferischen Verband — er ist ein Volksdeputierter und in den Machtragorganen tritt er nicht nur als Arbeiter, Kolchosbauer oder Wissenschaftler auf, sondern vor allem als Politiker.

In unserem Land und in der ganzen Welt sind die Namen einiger bedeutender sowjetischer Schriftsteller und Wissenschaftler bekannt, die den Alarm schlugen, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß unbedingt Sofortmaßnahmen zur Rettung des Balkasees eingeleitet werden müssen. Nehmen wir an, entsprechende Organisationen haben beschlossen, sie zu Volksdeputierten zu wählen. Werden diese Menschen dann ihre Tätigkeit auf die Verteidigung von berufsspezifischen Interessen der Schriftsteller oder der Akademie der Wissenschaften beschränken? Natürlich nicht!

Ein wahrer Patriot lebt immer den Sorgen seines Vaterlandes. Die Berufung eines Politikers, der das Vertrauen des Volkes genießt, besteht in erster Linie auch im Vermögen, die Interessen seiner Wähler mit den Belangen des ganzen Volkes und den Aufgaben zur Entwicklung der gesamten Gesellschaft in Einklang zu bringen, von deren Lösung letztendlich auch unser aller Wohl abhängt.

Jeder neue Tag der Umgestaltung bringt solche Leute aus allen Schichten der Gesellschaft ans Licht. Und wir hoffen, daß die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz des Landes ihre besten Vertreter in die neuen Machtragorgane entsenden.

Wir stehen vor einer der allerwichtigsten und auch der allerwichtigsten Wahlkampagnen in der gesamten Geschichte der Sowjetmacht, in der sich praktisch alle Prozesse auf neuer Grundlage vollziehen werden: die Aufstellung der Kandidaten, ihre Erörterung, die Gegenüberstellung von Positionen und das Finale der Wahlen — die Abstimmung. Dabei müssen größtmögliche Weisheit und Verantwortungsbewußtsein bewiesen werden. Denn davon, wie die erste Zusammensetzung des Kongresses der Volksdeputierten aussehen wird, wie in den neuen Obersten Sowjet kommt, hängt in großem Maße die Zukunft des Landes ab.

## VII.

Genossen Deputierte! Der gegenwärtigen Tagung des Obersten Sowjets wurde die Aufgabe zuteil, auch die Rechts- und Gerichtsreform einzuleiten. Sie steht einen Komplex radikaler Maßnahmen vor, die den sämtlichen Rechtsschutzmechanismus unseres Staates, die Arbeit der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Rechtsanwaltschaft, des Schiedsgerichts, der Miliz und der Arbeitsbesserungseinrichtungen umfassen sollen.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der XIX. Unionskonferenz der KPdSU soll diese umfangreiche Arbeit im allgemeinen im nächsten Jahr beendet sein, natürlich in dem Sinne, daß die Reform nicht einfach auf die Veränderung der Strukturen, auf die Festlegung neuer Funktionen und des Tätigkeitsregimes der jeweiligen Organe reduziert wird, sondern die Ansammlung von Erfahrungen der Arbeit auf neue Art erforderlich macht, d. h. sie wird eine längere Zeit dauern.

Jetzt handelt es sich um die Lösung eines Problems, das für das Gerichts- und Rechtssystem von einer Schlüsselbedeutung ist. In der Tat: Das Gericht ist das Hauptinstrument für die Einhaltung der Rechtsordnung. Davon hängen vielfach die Geschicke der Menschen, der Schutz ihrer Interessen, die Aufrechterhaltung der vom Gesetz bestimmten Beziehungen zwischen Staat und Bürgern sowie die Einhaltung der öffentlichen Ordnung ab.

Von prinzipieller Bedeutung ist daher die Gewährleistung der Unabhängigkeit und der Unantastbarkeit der Richter sowie der Möglichkeit für diese, die Rechtsprechung objektiv und unparteiisch auszuüben. Eben dieser Aufgabe gelten die Ergänzungen zu den drei Artikeln der Verfassung, die die Rechts- und Gerichtsreform betreffen.

Die Unabhängigkeit des Gerichts wird in vieler Hinsicht vom Modus seiner Bildung bedingt. Im veröffentlichten Entwurf war vorgesehen, daß die Gerichte der Rayons, der Städte, der Bezirke, der Gebiete und der Regionen von den jeweiligen Sowjets der Volksdeputierten gewählt werden.

Ich sage es ganz offen: Darum hat sich eine mächtige Diskussion entspannt. Der gefaßte Entschluß wurde dadurch motiviert, daß die Richter nicht mehr von den früheren Sowjets, sondern von den durch die Rekonstruktion des politischen Systems neugebildeten Vertretungsorganen gewählt werden. Bei der Volkswahl sprach sich jedoch ein solcher Modus keine Unterstützung. Die meisten sprachen sich dafür aus; was auf der XIX. Unionskonferenz der

KPdSU vorgeschlagen worden war, nämlich für die Wahlen der Volksrichter durch die übergeordneten Sowjets.

Das zeugt ein übriges Mal davon, in welchem Maße unsere Menschen darum besorgt sind, daß künftig keinerlei Einmischung in die Arbeit der Gerichte seitens der örtlichen Behörden mehr vorkommt. Die entsprechende Berichtigung wurde in den Deputierten vorgelegten Gesetzentwurf aufgenommen.

Hier sei unterstrichen, daß während die Richter von den höherstehenden Sowjets gewählt werden sollen, die Besitzer in den Rayon-(Stadt-) Gerichten wie früher auf den Versammlungen der Bürger an ihrem Arbeits- oder Wohnort durch offene Abstimmung gewählt werden.

Auf diese Weise wird das Volksgericht auf Grund zweier Prinzipien gebildet. Die Besitzer werden unmittelbar von der Bevölkerung, die Richter jedoch durch die repräsentativen Machtragorgane gewählt. Solch eine Vereinigung ist vernunftmäßig und wird unseren Gerichten zusätzliche Autorität in den Augen ihrer Mitbürger verschaffen.

Als Schutz für die Unabhängigkeit der Richter wird auch die Verlängerung ihrer Vollmächtdauer von fünf auf zehn Jahre, der Volksbesitzer — bis fünf Jahre dienen. Eine äußerst günstige Bedingung für die Ausübung der Rechtsprechung schaffend, sieht der Gesetzentwurf zugleich die Rechenschaftspflicht der Richter und Volksbesitzer vor denjenigen vor, die sie gewählt haben — vor den Wählern und den Sowjets. Das ist ja auch wichtig. Obschon die Richter nach dem Gesetz unterordnet sind, darf deren Arbeit nicht außerhalb der demokratischen Kontrolle stehen, natürlich ohne Einmischung in die Behandlung konkreter Gerichtssachen.

Nach der Annahme von Abänderungen und Ergänzungen zur Verfassung, die die Justizorgane neuer, wird die Bestätigung neuer Grundlagen der Gesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken über die Gerichtsordnung in der UdSSR, eines Gesetzes über den Status der Richter und anderer Akte aktuell, auf deren Basis die Arbeit aller Organe grundlegend umgestaltet wird, welche berufen sind, über die Gesetze, über unsere demokratischen Prinzipien und Institute, Freiheit und Rechte der Person zu wachen.

Wir gehen davon aus, daß die Bewegung in Richtung Rechtsstaat mit einer kardinalen Erneuerung aller wichtigsten Bereiche der Gesetzgebung einhergehen muß. Gerade das Gesetz als Akt der höchsten Staatsmacht muß zur Grundlage der Rechtsordnung werden, es muß die Durchführungsbestimmungen, insbesondere die behördliche Normenshaping zurückdrängen.

Den Zielen der Vertiefung der Selbstverwaltung des Volkes und der Vervollkommnung des politischen Systems wird auch eine Verabschiedung von Gesetzen über die Rechte der Gewerkschaften, über die Jugend, über die freiwilligen Gesellschaften und Vereinigungen, über die Presse und die anderen Massenmedien sowie über die Offenheit in der Tätigkeit der Staatsorgane und der gesellschaftlichen Organisationen dienen.

Die Festlegung der Garantien der persönlichen Rechte erfordert eine Vervollkommnung der Zivil- der Arbeits-, der Wohnungs- und der Rentengesetzgebung sowie die Verabschiedung von Gesetzen über die Wissenschaftsfreiheit und über den Modus der Behandlung von Vorschlägen, Erklärungen und Beschwerden der Bürger u. a.

Hier möchte ich die Aufmerksamkeit auf ein weiteres wesentliches Moment der Rechtsreform lenken. Wer soll sie ins Leben umsetzen? Im Prinzip ist das natürlich unser gemeinsames Anliegen. Eine besondere Verantwortung kommt aber natürlicherweise denen zu, die es mit dem Rechts- und Gerichtswesen nach Beruf und Amtspflicht zu tun haben. Darauf geht die Aufgabe aus, darauf geht die Aufgabe aus, darauf geht die Aufgabe aus.

Zugleich darf die Herausbildung eines Rechtsstaates nicht nur Anliegen der Staats- und gesellschaftlichen Institutionen sein. Er läßt sich halt nicht ohne aktive Mitwirkung aller Bürger, ohne Erhöhung der Rechts- und politischen Kultur sämtlicher Gesellschaft aufbauen. Das wichtigste ist hier die unmittelbare Gewinnung der sowjetischen Menschen für den politischen Prozeß und ihre aktive Mitwirkung an der Leitung des Landes.

Genossen Deputierte! Die Gesetzentwürfe sind gestern auf dem Plenum des ZK der KPdSU unter Berücksichtigung ihrer volkswelten Diskussion erörtert worden. Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß sie im großen und ganzen den Aufgaben der Reform des politischen Systems entsprechen, die von der XIX. Unionskonferenz der KPdSU geplant worden ist.

Vor 3,5 Jahren hat die Partei den Kurs auf die Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft erklärt. Die in dieser Zeit von Partei und Volk geleistete gewaltige intellektuelle Arbeit hat es uns ermöglicht, sowohl unsere Ziele als auch die Mittel ihrer Verwirklichung besser zu ergründen.

Die Umgestaltung einleitend, konzentrieren wir uns vor allem auf ökonomische Aufgaben. Sie nehmen auch gegenwärtig einen vorrangigen Platz in der Arbeit sämtlicher Partei- und Staatsorgane ein.

Es gilt, unser Bestmögliches zu tun, um in kürzester Frist das Lebensmittelproblem und andere vordringliche Belange der Sowjetmenschen zu lösen. Der Weg dazu ist die radikale Umgestaltung des gesamten Systems der Wirtschaftsführung und der Leitung der Ökonomie.

Gestatten Sie mir das zu wiederholen, wovon am Anfang des Referats die Rede war: Der Schlüssel für die Lösung der ökonomischen gleich wie aller anderen Aufgaben der gesellschaftlichen Entwicklung liegt in der Demokratisierung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, in der Schaffung aller Möglichkeiten für die Initiative, Selbstbetätigung des Volkes und sein Schöpferium.

Daß wir uns das Ziel gesetzt haben, den Sozialismus mit Demokratie zu vereinen und auf dieser Grundlage das gesamte Potential unserer Gesellschaftsordnung zu entfalten, dürfen wir für keine einzige Minute vergessen, daß der sozialistische sowie ein beliebiger anderer Demokratismus mit Undiszipliniertheit, Eigenwillen und Anarchie nichts gemeinsam hat. Im Gegenteil, die Befreiung der Menschen von überflüssiger Reglementierung, die Gewährung ihnen sämtlicher Möglichkeiten zur freien Selbstverwirklichung in der Arbeit und im Schöpferium, zur aktiven Teilnahme an der Lösung gesellschaftlicher Angelegenheiten setzt auch die Hebung der persönlichen Verantwortung eines jeden für die Situation im Lande, für seine Gegenwart und Zukunft voraus.

Gerade unter den Bedingungen der Demokratie sind Mißachtung der Interessen und Rechte anderer Bürger am wenigsten zulässig.

Die Umgestaltung, Demokratisierung und Offenheit sind untrennbar von der Festigung der Staats- und gesellschaftlichen Disziplin, vom entschiedenen Kampf gegen sämtliche negativen Erscheinungen in unserem Leben.

Ein paar Worte über den internationalen Aspekt der politischen Reform.

Die XIX. Parteil Konferenz hat nicht einfach theoretisch, sondern bereits auf der Grundlage realer Prozesse der jüngsten Zeit eine objektive Verbindung unserer internationalen Politik mit dem Charakter der inneren Umwandlungen in der UdSSR, mit unserer Umgestaltung konstatiert. Und um noch konkreter zu sein — mit der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft.

Auf der Konferenz haben wir vereinbart: im Rahmen der Reform des politischen Systems einen effektiven, mit Vollmachten ausgestatteten Verfassungsmechanismus für eine sachliche und qualifizierte Erörterung von Fragen internationaler Politik zu schaffen. Die Strukturen der Staatsmacht, von denen wir gegenwärtig reden, schaffen zu verlässlicher Garantien dafür, daß die Interessen des Volkes und sein Friedenswille stets allem innezuwohnen werden, was mit unserer internationalen Tätigkeit verbunden ist.

Die Vertiefung des politischen Prozesses, die Formierung eines sozialistischen Rechtsstaates bedeuten eine Verstärkung der Kontrolle des Volkes über alle Bereiche der Politik und gewährleisten folglich eine größere Konsequenz in der Außenpolitik auf der Grundlage eines neuen Denkens.

Durch einen ständigen Fortschritt unserer politischen Reform, zu deren wichtigsten Element die Beschlüsse dieser Tagung und anschließend des Kongresses der Volksdeputierten werden, wird das neue, demokratische Antlitz der Sowjetunion behauptet, das bereits jetzt überall als ein wichtiger moralisch-politischer Faktor der Gesundung der internationalen Beziehungen angesehen wird.

Genossen Deputierte, so sieht der außenpolitische Aspekt der Arbeit aus, die wir durchführen. Das wären auch die Grenzen unserer gemeinsamen Verantwortung für die demokratische Festigung unseres großen multinationalen Staates. Genossen Deputierte, gestatten Sie mir, die Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß die jetzige Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR die ihr zur Erörterung vorgelegten Gesetzentwürfe, in denen die Ergebnisse der volkswelten Diskussion berücksichtigt sind, bekräftigen wird und so einen großen Schritt auf dem Wege der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in unserem Lande weitergeht. (Anhaltender Beifall).

Die Tagung setzt ihre Arbeit fort.

# Auf der Tagung im Kreml

(Schluß)

Republikpartei, Gewerkschafts- und Komsomolorgane hat. Offenbar, so meint der Abgeordnete, muß ein solches Recht den entsprechenden Gebietsorganisationen und Organen der autonomen Republiken eingeräumt werden.

Es wurden Vorschläge bezüglich einer gewissen Änderung der Bestimmungen über die Wahlen der Volksrichter eingebracht. Ihr Wesen lief darauf hinaus, die Richter maximal vor dem Einfluß oder vor dem Druck von außen zu wahren und dem Gericht maximale Unabhängigkeit zu gewähren.

Den Prozeß der Aufstellung von Deputiertenkandidaten analysierend, unterstrich der Redner, daß der Gesetzentwurf ein solches Recht der Versammlung einräumt, wenn auf ihr 500 Personen anwesend sind. Für eine Stadt, sagte der Redner, ist das vielleicht auch richtig. Dem Dorf aber wird es schwerfallen, diese Norm einzuhalten. In vielen Dörfern gibt es so viele Wähler gar nicht. Daher schlug er vor, für das Dorf eine Versammlung von mindestens 200 Personen als wahlberechtigt zu halten.

Der Abgeordnete W. S. Astraukas, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Litauischen SSR, sagte, daß die Werktätigen der Republik sich eindeutig für die Beschleunigung und Vertiefung der Umgestaltung aussprechen. Sie verbinden diesen Prozeß mit der Verwirklichung der Ideen der Volksmacht, der Souveränität der Republik, der Schaffung eines Rechtsstaates und der Rückkehr zu den Leninischen Prinzipien der Sowjetischen Föderation.

Das Referat M. S. Gorbatschows auf der heutigen Tagung sowie die für die nachfolgenden Etappen vorgesehenen Maßnahmen, sagte der Abgeordnete, verleihen uns die Zuversicht, daß die Reform des politischen Systems Voraussetzungen für eine weitere freie Entwicklung jeder Nationalität und Volkerschaft gewährleisten wird. Freundschaft und gleichberechtigte Zusammenarbeit festlegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stärken wird. Der Redner unterstützte den Vorschlag über die Schaffung einer Arbeitsgruppe für die Erforschung und Vorbereitung des Status der Unionsrepublik.

Der Redner betonte, daß die Reform des politischen Systems komplex sein und in der Einheit mit der Umgestaltung in der Wirtschaft verwirklicht werden muß. Seiner Meinung nach habe die administrative Leitungsmethode zu einer ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte in der Republik geführt. Im Zentrum werden willkürliche Entscheidungen getroffen, durch die eine Erweiterung der ohnehin bedeutenden Produktionskapazitäten im Grunde genommen aufgezwungen wird. Der Redner meint, um diese und andere Probleme zu lösen, sei es notwendig, die reale Macht bei der Anleihe der sozialökonomischen Entwicklung den örtlichen Organen zu übertragen.

Der Abgeordnete machte einige Bemerkungen und Vorschläge zum Gesetzentwurf über Änderungen und Ergänzungen in der Verfassung der UdSSR und berichtete über die schwierigen Prozesse, die in Litauen vor sich gehen.

Das jüngste Plenum des ZK des Komsomol befand, daß die zu erörternden Gesetzentwürfe den politischen Richtlinien der XIX. Unionspartei-Konferenz entsprechen, unterstrich der Abgeordnete V. I. Mironenko, Erster Sekretär des ZK des Komsomol. In sie wurde vieles von dem hineingebracht, was die Komsomolzen und die jungen Menschen vorge schlagen hatten.

Diese Arbeit, so stellte der Redner fest, erwies sich nicht nur vor dem Standpunkt der Verbesserung der Gesetzentwürfe, sondern auch vor dem Standpunkt der realen Gewinnung von Millionen Menschen für die große Politik als nützlich. Allerdings ging es dabei, wie der Abgeordnete zugab, nicht ohne unnötigen Lärm und Fehler ab. Man soll sich darüber nicht wundern und braucht auch nicht, davor Angst zu haben; Maximalismus, Kompromißlosigkeit und Entschiedenheit, die von der Jugend manchmal während dieser Diskussion an den Tag gelegten wurden, scheinen uns ein sehr gutes Merkmal zu sein. Jedoch, so sagte der Erste Sekretär des ZK des Komsomol, ist ein Teil der Jugend „dicken politischen Lügen auf den Leim gegangen“, die, man muß es zugeben, ziemlich stark wuchern. Die mancherorts durch Reklame weitgehend geprägten Versuche, die spruchreif gewordenen Probleme nur im regionalen Interesse, ohne Berücksichtigung der Belange der ganzen Union zu lösen, sind seiner Meinung nach haltlos.

Der Abgeordnete sagte, er werde für die Annahme der Gesetzentwürfe stimmen, trotzdem einige Komsomolorganisationen sie im Prinzip oder teilweise ablehnen haben. Sogar ein unvollkommenes Gesetz, sagte er, ist besser als die vollkommenste und totale Willkür!

Der Ansicht des Redners nach bieten die vorliegenden Gesetzentwürfe, unter anderem die neue Fassung des Artikels 121 der Verfassung der UdSSR, eine reale Möglichkeit für die Herausbildung einer starken Politik bezüglich der Jugend. Im Namen des ZK des Komsomol unterbreitete er den Vorschlag, ein Komitee für Jugendangelegenheiten beim Obersten Sowjet der UdSSR zu gründen, und äußerte sich über die Prinzipien der Durchführung einer aktiven Wahlkampagne durch die Komsomolzen.

Die zur Erörterung stehenden Gesetzentwürfe haben einen breiten Kreis von Fragen der Reform des sowjetischen politischen Systems berührt, sagte der Abgeordnete W. S. Mawlikow, Brigadier in der Produktionsvereinigung „Kamseserogstroil“ aus Nabereshnyje Tschelny der Tatarischen ASSR. Die Herausbildung von Repräsentativorganen der Staatsmacht der UdSSR gemäß den Beschlüssen der XIX. Unionspartei-Konferenz und unter Auswertung der Ergebnisse der Volksaussprache über die Gesetzentwürfe verleiht einen mächtigen Impuls der weiteren Vertiefung der Umgestaltung, der Entwicklung der Demokratie und dem Aufbau des sozialistischen Rechtsstaates.

Der Redner brachte eine Reihe konkreter Vorschläge zu den auf der Tagung zu behandelnden Dokumenten ein. Er billigte den Gesetzentwurf über die Wahlen der Volksdeputierten in dem Punkt, daß der Kandidat, der bei den Wahlen mehr als die Hälfte der Stimmen der an der Abstimmung teilgenommenen Wähler erhalten hat, als gewählt gilt und schlug folgende Ergänzung vor: Wenn bei wiederholten Wahlen keiner der Kandidaten gewählt worden ist, so gilt bei den wiederholten Wahlen derjenige als gewählt, der die relative Stimmenmehrheit der an der Abstimmung teilgenommenen Wähler bekommen hat.

Nach der Meinung des Redners wird die Aufstellung der Deputierten von Massenorganisationen ihre Vertretung und Aktivität fördern. Andererseits besteht aber die Möglichkeit, die höchsten Machorgane aus der Zahl der hauptamtlichen Leitungsarbeiter zu bilden.

Anhand konkreter Beispiele aus dem Leben in Nabereshnyje Tschelny zeigte der Abgeordnete, daß die Interessen der Verwaltungsorgane den territorialen Interessen häufig zuwiderlaufen. Die Mitarbeiter der Verwaltung „Rosmedtehnika“ des Ministeriums für Gesundheitswesen der RSFSR hemmen die in der Stadt begonnene Reorganisation des Gesundheitsschutzes. Es gilt, wie der Redner behauptet, die Deputiertenkontrolle und die Deputiertenrechte gesetzlich zu verstärken.

Der Durchsetzung der Grundlagen der Selbstverwaltung im sowjetischen Wahlsystem werden viele Bestimmungen der heute zur Erörterung stehenden Gesetzentwürfe dienen, sagte der Abgeordnete A. W. Gorbunow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der Lettischen SSR. Vor allem sind das die Wahlen der Volksdeputierten stets aus mehreren Kandidaten, die Unvereinbarkeit des Deputiertenstatus mit einzelnen Leitungsposten in anderen Organen, das Verbot für die vom Sowjet der Volksdeputierten gewählten oder ernannten Amtspersonen, ihre Funktionen länger als zwei Fristen nacheinander auszuüben usw.

Indessen entsprechen einzelne Bestimmungen dieser Gesetzentwürfe nach der Meinung des Redners nicht der Aufgabe der Entfaltung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes. Natürlich muß man in der Tätigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR die reichen Erfahrungen unserer Massenorganisationen auswerten und die spezifischen Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Wie wäre das aber am besten zu erzielen? Der Redner meint, man müsse sich dabei auf die drei demokratischen in der heute gültigen Verfassung der UdSSR verankerten Wahlprinzipien stützen. Die Wahlen der Deputierten von Massenorganisationen müssen allgemein, gleich und direkt sein.

Der Redner schlug vor, auf Wahlberechtigungsregeln zu verzichten. Die Vertretung der Unionsrepubliken im Unionsowjet des Obersten Sowjets der UdSSR muß der Bevölkerungszahl der Republik proportional sein. Auf Probleme der Gewährleistung der Machtfrage der örtlichen Sowjets eingehend, unterstrich der Redner, daß man ihnen eine wirksame Waffe im Kampf gegen ausgesprochen unzuverlässige und zuweilen auch schädliche Entscheidungen der Zentralorgane geben muß. Eine beliebige wirtschaftliche, soziale und Kulturtätigkeit muß im entsprechenden Territorium unbedingt mit Zustimmung des Sowjets der Volksdeputierten ausgeübt werden.

Der Übergang von der theoretischen Auffassung zur praktischen Umgestaltung des politi-

schen Systems ist tatsächlich verantwortungsvoll, sagte der Redner abschließend. Er verläuft in der Republik in einer komplizierten politischen Situation. Die ökonomischen und sozialen Probleme wachsen bei uns häufig in zwischennationale hinein. Wir sehen ein, daß die Interessen der Republik mit denen der UdSSR übereinstimmen müssen. Alles, was nicht zum Nutzen der Festigung der Union gereicht, nützt auch den einzelnen Republiken nicht.

Im Laufe der Erörterung der Gesetzentwürfe in der Republik, sagte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Tadschikischen SSR Abgeordnete G. P. Pallajew, wurden verschiedene Meinungen, Argumente und Beweisgründe geäußert. Doch im Wichtigsten waren sie einmütig: Die Werktätigen unterstützen entschieden den Kurs der Partei auf eine politische Reform. In mehr als 8 000 Briefen, gerichtet an das Präsidium des Obersten Sowjets des Landes, wurde festgestellt, daß die Annahme der neuen Dokumente konkrete Schritte der Umgestaltung sind, die die Staatsangelegenheiten real beeinflussen helfen.

Es ist wichtig, sagte der Redner, daß dem neuen Organ — dem Verfassungsschutzkomitee — Vertreter jeder Republik angehören werden. Das wird eine ernsthafte Garantie für die Wahrung ihrer Rechte sein. Zugleich gilt es, die Vertretungsquoten der Autonomen im Obersten Sowjet der UdSSR zu korrigieren.

Der Redner brachte seine erste Unruhe über die Situation in manchen Republiken zum Ausdruck. Im Bereich der zwischennationalen Beziehungen hat sich viel Ungelöstes und Negatives angehäuft. Man muß jedoch den Ausweg aus der entstandenen Situation nicht auf dem Weg des Separatismus, sondern auf den Wegen der Festigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dabei durch die Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken suchen. Andernfalls schwächen wir die Einheit der sowjetischen Völker nur ab, führen sie auf ihre nationalen Häuser auseinander und untergraben die Einheit des Volkswirtschaftskomplexes. Dürfen wir die sich herausgebildete Spezialisierung zwischen den Republiken sprengen? Auf diese Frage antwortete der Abgeordnete mit einem kategorischen Nein und forderte alle auf, das Schwerkrieg auf Diskussionen und Meinungsstreiten auf die Lösung konkreter sozialökonomischer Aufgaben zu verlagern.

Wir behandeln heute Fragen, die zur Überwindung der negativen Erscheinungen der Vergangenheit und zur dynamischen Aufwärtsentwicklung des Landes für eine längere Periode von prinzipiell wichtiger Bedeutung sind, sagte der Justizminister der UdSSR Abgeordnete B. W. Krawzow. Es handelt sich um solche Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der UdSSR, die die grundlegenden Bestimmungen über die Bildung und die Vollmachten der Staatsmachorgane betreffen.

Die juristische Untermauerung der neuen Staatsstrukturen wird eine weitere Rechtsgarantie für die Unumkehrbarkeit der Umgestaltung sein. Im Laufe der Erörterung der Dokumente, erinnerte der Redner, wurden Befürchtungen geäußert, daß mit ihrer Annahme die Rechte der Unionsrepubliken geschmälert und gewirkt sein werden. Für diese Befürchtungen gibt es, wie die weitgehende Diskussion der Entwürfe gezeigt hat, keinerlei ersten Gründe. Es genügt zum Beispiel, die Artikel 108 und 113 des Gesetzentwurfs über Änderungen und Ergänzungen der Verfassung zu erwägen, die von den Vollmachten des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets der UdSSR handeln, um sich davon zu überzeugen. Im Gegenteil, diese Artikel des Gesetzentwurfes in ihrer endgültigen Fassung nach der Erörterung aller Berichtigungen und Ergänzungen zeugen von einem aufmerksamen und, wie der Justizminister unterstrich, sogar behutsamen Verhältnis zu den Unionsrepubliken.

Der Redner schloß seine strenge Rechtsanalyse einer Reihe wichtiger Artikel des zu diskutierenden Entwurfs mit einem markanten künstlerischen Zitat, indem er die Worte unseres Zeitgenossen, des estnischen Schriftstellers Teet Kallas anführte:

„Je stärker jedes Volk unseres einzigartigen Staates sein wird, desto höher wird sein nationales Selbstbewußtsein, desto stärker wird auch der Bund der Völker unserer Großmacht sein, desto gewichtiger wird ihr Beitrag zum Staat als ein einheitliches Ganzes sein.“

Als eine gute Grundlage für die Festigung des Bruderbundes gleichberechtigter Republiken unseres multinationalen Vaterlandes, für die Durchsetzung der Prinzipien des sozialistischen Rechtsstaates wurden die Gesetzentwürfe vom Ersten Sekretär

des Moskauer Gebietskomitees der KPdSU Deputierten W. K. Meszaj qualifiziert. Die Erörterung der Dokumente im Gebiet Moskau, sagte er, führte vor Augen, daß die absolute Mehrheit der Ansicht ist, daß sie vollständig den Zielsetzungen der XIX. Unionspartei-Konferenz entsprechen.

Die ersten Erfahrungen der Durchführung der Wahlen auf neue Art in der Stadt Ljubersy, Gebiet Moskau, sagte der Redner, berechtigen dazu, sich mit dem auf der Tagung geäußerten Vorschlag einverstanden zu erklären: Wenn in die Wahlzettel mehrere Kandidaten eingeschlossen werden, gilt derjenige als Deputierter gewählt, der die verhältnismäßig größte Stimmenzahl erhalten hat.

Die Erörterung der Gesetzentwürfe in einer Atmosphäre der Transparenz und Offenheit verlief zugleich nicht ohne Reibungen, meinte der Abgeordnete. Es wurden sowohl argumentierte Einwände geäußert als auch interessante Vorschläge gemacht. Unter anderem ging es um die Notwendigkeit, die Vollmachten des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets der UdSSR exakter auszuformulieren und nicht nur unzulässig, sondern auch regionale Referenden durchzuführen.

Auf die Situation in den Ostseerepubliken, besonders in Estland, eingehend, erklärte der Abgeordnete, daß der kategorische, ultimative Ton der Forderungen in den Arbeitskollektiven des Gebiets Ostkausk entschieden verurteilt wird. Ähnliche Handlungen schaffen Spannungsherde und schaden der Entwicklung eines einheitlichen multinationalen Staates.

Der Redner ging auf die Probleme des Übergangs der Regionen auf wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung ein und unterstrich, daß dieser Prozeß obligatorisch die Interessen des ganzen Volkes und die regionalen Interessen vereinen muß. Er berührte in seiner Ansprache die Frage des Übergangs der Rayons und Gebiete zu den neuen Prinzipien der Wirtschaftsführung. Dabei hob er die Wichtigkeit der Festigung der Wirtschaftsgrundlage der örtlichen Sowjets hervor.

Die laufende Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR behandelt Fragen von besonderer politischer Bedeutung, unterstrich in seiner Rede der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens Abgeordnete D. I. Pataschwilli. Wir haben wichtige Verantwortungsvolle Beschlüsse zu fassen, die die Zukunft unserer Gesellschaft und des Sozialismus insgesamt bestimmen werden.

Wir haben uns aus eigener Erfahrung überzeugt, sagte der Redner, daß die Leitung der Gesellschaft mit demokratischen Methoden unermeßlich komplizierter ist, als mit autoritären Methoden. Doch die demokratische Lösung ist der einzige Weg zur Sicherung der gesellschaftlichen Atmosphäre, zur Überwindung der sozialen Depressiertheit. Die im Lande geschaffenen maximal günstigen Bedingungen für die Willensäußerung des Volkes können nicht umhin, zu ner gewissen Polarisierung der Meinungen zu führen. Doch um so enger schließen sich zusammen und konsolidieren sich die gesunden Kräfte der Gesellschaft, was die jüngste Tagung des Obersten Sowjets Georgiens bekräftigt hat. Dort hat der Geist des wahren Internationalismus gesiegt.

Zusammen sind wir eine gewaltige Großmacht, eine einmalige Gemeinschaft von Nationen und Völkern, vereint durch das gleiche Ziel, sagte ferner der Redner. Und das mehr die Kräfte jeder Republik. Doch wir werden dem neuen Modell der Gesellschaft nicht näherkommen, wenn wir nicht den „bürokratischen Zentralismus“, die Allmacht des bürokratischen Apparats zerstören. Ist es etwa berechtigt, wenn die Energie der Gesellschaft unnütz für die Überwindung künstlich errichteter Hindernisse verbraucht wird?

Bei der Annahme beliebiger Beschlüsse, die den zwischennationalen Bereich und vor allem die Souveränität betreffen, ist besondere Umsicht und Vorsicht notwendig, denn manchmal ist es nicht leicht, der außer Rand und Band geratenen Emotionen Herr zu werden.

Die der Tagung zur Erörterung unterbreiteten Gesetzentwürfe kennzeichnen die erste Etappe der Vervollkommenung des politischen Systems unserer Gesellschaft, sagte der Redner zum Schluß.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Lenigrader Gebietssowjets der Volksdeputierten Abgeordnete N. I. Popow teilte mit, daß die Gesetzentwürfe in der Stadt und im Gebiet weitgehend diskutiert und von der überwiegenden Mehrheit der Lenigrader unterstützt wurden.

Diese Dokumente zeugen von der Wiederbelebung der Werte der Oktoberrevolution. Sie müssen

zu einem zuverlässigen Rechtsinstrument für die Verwirklichung der Wirtschaftsreform, für die Lösung sozialer Aufgaben, für die Steigerung der politischen Aktivität der Sowjetmenschen werden. Der Redner ging auf einige konkrete Vorschläge ein, die bei der Erörterung der Entwürfe eingebracht wurden. So hoben die Lenigrader die Bedeutung der Reform des Wahlsystems und der Rolle der Massenorganisationen bei der Zusammensetzung der höchsten Staatsmachorgane hervor. Ungeachtet der unterschiedlichen Meinungen sowohl über die Ordnung der Nominierung von Kandidaten von den Massenorganisationen als auch über die Abstimmung für sie, erregt die Notwendigkeit ihrer Vertretung in der Epoche der Demokratisierung keine Zweifel.

Wir alle sind heute über die Meldungen beneidlich, die aus den Ostseerepubliken eingeht, sagte der Abgeordnete. Die dort entbrannten Debatten waren eigentlich im Geiste der Zeit, würden sie nicht über den Rahmen von Diskussionen hinausgehen und nicht in übereilte Schritte ausarten, wie beispielsweise die Annahme von Dokumenten durch das Präsidium des Obersten Sowjets der Estnischen SSR, die den Bestimmungen der geltenden Verfassung der UdSSR zuwiderlaufen. Das alles dient nicht der Festigung der zwischennationalen Beziehungen und unterhöht letzten Endes die Ideen der Umgestaltung.

Der Abgeordnete T. A. Shumakov, Direktor des Sowchos „Kaldshirski“ im Gebiet Ostkasachstan, Kasachische SSR, verwies darauf, daß die Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie sind in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der XIX. Unionspartei-Konferenz ausgearbeitet worden und zielen auf eine weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie.

Die Werktätigen des Gebiets Ostkasachstan haben die Gesetzentwürfe mit viel Interesse aufgenommen. Sie sehen darin einen Beweis für die konsequente Verwirklichung des Parteukurses auf die Vertiefung des Umgestaltungsprozesses und die Bewältigung der Aufgaben, die mit der Reform des politischen Systems zusammenhängen. Die Atmosphäre bei der Diskussion dieser Dokumente war von echter Offenheit geprägt.

Die Festlegungen der Entwürfe über den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, die Stiftung der Funktion des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, die Schaffung des Verfassungsschutzkomitees, die Bildung von Präsidien der Sowjets und die Demokratisierung des Wahlsystems finden, so betonte der Redner, bei den Werktätigen des Gebiets positiven Anklang. Diese wie auch die neuen Bestimmungen der Gesetze überzeugen uns deutlich davon, daß die Veränderungen im politischen Bereich unumkehrbar sind. Zugleich sind sie ein konkretes Beispiel der praktischen Realisierung der Entscheidungen der XIX. Unionskonferenz. Der Abgeordnete erachtete es als notwendig, im Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die Änderung und Ergänzung der Verfassung der UdSSR die Rolle der Wähleraufträge bei der Aufstellung der Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hervorzuheben.

Der Diskussionsredner äußerte im Namen der Werktätigen Kasachstans die Beunruhigung über die vom Obersten Sowjet der Estnischen SSR angenommenen Korrekturen zur Verfassung der Republik. Sie stehen nach unserem Dafürhalten im Widerspruch zu den Normen der geltenden Verfassung der UdSSR und untergraben die Grundsätze des rechtlichen Aufbaus und der Einheitlichkeit der UdSSR wie auch die wirtschaftliche Grundlage unseres Vielvölkerstaates, betonte er.

Der Abgeordnete R. Ch. Chabibullin, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Baschkirien, verwies darauf, daß die Annahme der zu erörternden Gesetze durch den Obersten Sowjet der UdSSR die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und den Aufbau eines Rechtsstaates sowie das Vorwärtsschreiten unseres Landes begünstigen wird.

Sein Diskussionsbeitrag galt vor allem Problemen der zwischennationalen Beziehungen. Die Beschlüsse des Obersten Sowjets der Estnischen SSR vom 16. November, so sagte er, haben bei den Werktätigen Baschkiriens tiefe Besorgnis hervorgerufen. Damit werden die grundlegenden Punkte der Verfassung der UdSSR revidiert, die die zementierende Grundlage des Sowjetstaates darstellt und die Interessen aller Unionsrepubliken auf einen Nennern bringt. Niemand von uns, Vertretern der multinationalen Republiken, würde dem Gedanken beipflichten, unsere gewaltige Föderation in eine lockere Konföderation zu verwandeln. Niemand sind Schritte gestat-

tet, die den Bestimmungen des Grundgesetzes der UdSSR zuwiderlaufen.

In der gegenwärtigen historischen Zeitperiode bedarf es zur Erfüllung der von der Partei festgelegten Aufgaben einer umfassenden Konsolidierung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes. Die Zielsetzungen der Umgestaltung können nur durch vereinte Bemühungen von Angehörigen aller Nationalitäten erreicht werden.

Als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, führte der Redner weiter aus, habe ich ohne jeglichen Zweifel für den Erlaß gestimmt, mit dem die auf der außerordentlichen Tagung der Estnischen SSR angenommenen Gesetze als mit der Verfassung der UdSSR nicht übereinstimmend erklärt worden sind. Sie wurden zum Nachteil den Interessen des Volkes der Estnischen SSR wie auch aller Völker der UdSSR verabschiedet.

Im weiteren warf der Abgeordnete einige Fragen auf, deren Lösung helfen soll, die Interessen aller Nationen und Volkerschaften der UdSSR bei der Bewältigung der Aufgaben der sozialökonomischen Entwicklung verschiedener Territorien des Landes besser zu berücksichtigen. Unter anderem schlug er vor, sämtliche überplanmäßige Ergebnisse für die Regionen und nicht im Interesse der Behörden zu nutzen.

Der Abgeordnete N. P. Otko, Vorsitzende des Exekutivkomitees des Bezirksowjets Tschukotka, Gebiet Magadan, billigte die auf der Tagung zu erörternden Gesetzentwürfe. Zugleich unterbreitete sie den Vorschlag, die Vertretungsnormen für den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR von autonomen Bezirk auf zwei Deputierte zu berechnen. Auch sollten ihrer Meinung nach in den Gesetzgebungsakten die Beziehungen zwischen den autonomen Bezirken und den übergeordneten Sowjets der Volksdeputierten in den Republiken sowie den Staatsorganen im Zentrum in den nachfolgenden Etappen der Reformierung des politischen Systems exakter umrissen werden. In diesem Zusammenhang halten es die Wähler für notwendig, daß das Justizministerium der UdSSR, der Ministerrat der RSFSR, die daran interessierten Ministerien und andere zentrale Staatsorgane, sowie die örtlichen Sowjets und die wissenschaftlichen Einrichtungen die mit der Weiterentwicklung des Rechtsstatus der autonomen Bezirke und der besseren Trennung der Kompetenzbereiche von Regionen, Gebieten und autonomen Bezirke zusammenhängenden Fragen gemeinsam tiefschürfend durcharbeiten und dabei sowohl die Integrationsprozesse, als auch die Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit der autonomen Bezirke auf dem Gebiet der Wirtschaft, der sozialkulturellen Entwicklung und der Leitung berücksichtigen.

Nach Ansicht der Rednerin gelte es, die Hauptkennziffern der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der autonomen Bezirke gesondert, aber gleichzeitig mit den Plänen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der jeweiligen Regionen und Gebiete zu bestätigen. Dabei sollte die Prüfung und Koordinierung der Schemen zur Entwicklung und Verteilung der Produktivkräfte und der sozialen Sphäre der autonomen Bezirke in allen Etappen ihrer Erarbeitung und Bestätigung unter strikter Mitwirkung der Exekutivkomitees der Sowjets erfolgen.

Hätte es in unserem Wahlbezirk ein Barometer gegeben, so hätte dieser unbedingt auf Sturm gezeigt, betonte der Abgeordnete W. D. Shilowski, Ofenarbeiter im Titan- und Magnesiumkombinat Saporoshje. Der Gesetzentwurf über die Änderung und Ergänzung der Verfassung der UdSSR hat bei den Werktätigen großes Interesse gefunden. Gibt es denn überhaupt etwas Gemeinsames zwischen der Atmosphäre, in der die Diskussion dieses Dokuments verlief, und jenem Stillwasser der Einmütigkeit, das wir gewohnt waren?

Der Abgeordnete hob die Notwendigkeit hervor, das politische System des Landes möglichst schnell umzubauen. Verzögerungen und ewig lange Diskussionen würden sich hierbei als folgenreicher erweisen, sagte er. Das politische Erwachen des Volkes, seine gewachsene Aktivität verlangen von den Deputierten eine neue Einstellung zur Arbeit. Die Einheit von Wort und Tat ist heute von ausschlaggebender Bedeutung. Der Diskussionsredner nannte einige Beispiele, wo Beschlüsse unerfüllt blieben. Auf seinen Vorschlag hin sollte das neue Dokument den Volksabgeordneten das Recht einräumen, sich an die zuständigen Organe bzw. Amtspersonen mit Deputiertenanträgen zu wenden. Es sollte zugleich die Verantwortlichkeit dieser Organe und Personen wegen Terminverletzung oder Mißachtung der Deputiertenrechte vorsehen.

Die Tagung setzt ihre Arbeit fort.

Der Abgeordnete stellte fest, daß durch die vom Obersten Sowjet der Estnischen SSR angenommenen Korrekturen im Grundgesetz die Ausgangsprinzipien der Einheitlichkeit des multinationalen Vaterlandes untergraben werden. Zugleich verlies er darauf, daß die Umgestaltung eine Aufbaubarbeit und nicht eine Zerstörung voraussetzt. Er rief alle Werktätigen des Landes auf, den Internationalismus als die herausragende Errungenschaft der Menschheit weiterhin zu festigen.

Der Abgeordnete K. Turyssov, Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, kommentierte die Vorschläge und Bemerkungen der Gewerkschaftsorganisationen des Landes hinsichtlich der Gesetzentwürfe. Die Vorschläge vom Platz aus, so sagte er, sind ganz deutlich vom Gedanken geprägt, daß die künftigen Veränderungen unabdingbar sind und daß möglichst schnell mit administrativem Weisungsweg, politischer Trägheit und staatsbürgerlicher Indifferenz aufgeräumt werden muß. Diese Aufgaben können nur mit Hilfe der Reform des politischen Systems gelöst werden. Nach Ansicht des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften sind die auf der Tagung zu erörternden Gesetzentwürfe diesem Ziel angemessen.

Darauf brachte der Abgeordnete seine Eindrücke von der jüngsten Dienstreise in das Gebiet Pskow zum Ausdruck. Die Zusammenkünfte und Aussprachen mit der Arbeiterklasse sowie das Kennenlernen der Sachlage innerhalb dieses uralten russischen Landstrichs, betonte er, veranlassen mich als Deputierten und Bürger zu folgender Feststellung: Unser einheitlicher Vielvölkerstaat — die Union gleichberechtigter Republiken — ist eine herausragende Errungenschaft des sowjetischen Volkes, unser Stolz. Allerdings kommt der Russischen Föderation in dieser einheitlichen Familie eine besondere Rolle zu. Eben die Russische Föderation und ihre Arbeiterklasse nahmen nach der Oktoberrevolution zum eigenen Nachteil die Urbarmachung der ehemaligen Randgebiete Zarenrußlands in Angriff. Das russische Volk, daß im Vaterländischen Krieg gewaltige Verluste erlitten hatte, setzte sich in erster Linie für die Wiederherstellung der westlichen Regionen des Landes ein. Dabei tat es das wiederum zum eigenen Schaden. Gerade aus diesem Grunde möchte ich an diejenigen appellieren, die diese Lehren der Geschichte heute zu durchkreuzen suchen und die von irgendeiner Schmälerung ihrer Souveränität sowie davon reden, daß manche irgendwo auf ihre Kosten leben: Wollen wir auf die Stimme der Vernunft hören, Genossen, und in diesen Fragen in höchstem Maße verantwortungsbewußt vorgehen.

Der Abgeordnete K. J. Lawrow, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Theaterschaffenden der UdSSR, unterbreitete den Vorschlag, die zu erörternden Gesetzentwürfe anzunehmen. Dabei hob er hervor, daß die Diskussion der Gesetzentwürfe der UdSSR in einer von Demokratie und Offenheit geprägten Atmosphäre verlief.

Dank der Umgestaltung, betonte ferner der Redner, ist die Gesellschaft aus der sozialen Indifferenz erwacht. Nun ist es wichtiger denn je, sich um des Triumphes dieses Kurses willen zusammenzuschließen. Unsere Gesellschaft ist in der Lage, die in einigen Regionen des Landes entstandene Situation zu überwinden.

Diese Probleme müssen im Sinne der neuen Denkweise gelöst werden. Dabei sollte man sich nicht von Emotionen und Leidenschaft leiten lassen. Nie zuvor war die politische Aktivität der Massen so hoch wie jetzt. Wir lernen Demokratie, zugleich müssen wir aber auch aus den Fehlern Lehren ziehen.

Im weiteren ging der Abgeordnete auf einige Bestimmungen der Gesetzentwürfe der UdSSR ein. Die Gesetze, betonte er, nachdem er einige dahingehende Änderungen und Ergänzungen unterbreitet hatte, werden von der Praxis auf die Probe gestellt. Es kommt darauf an, daß auch die Deputierten des Obersten Sowjets ihrer Rolle als Abgeordnete des Volkes im höchsten Staatsmachorgan des Landes bestmöglich gerecht werden.

Der Redner ist aber der Meinung, daß dem vorläufig noch nicht immer so sei. Sich an die Deputierten wendend, sagte er: Jeder Sitzplatz in diesem Raum ist mit Kopfhörern versehen. Man kann also hören, was von der Tribüne aus gesagt wird. Leider fehlen aber die Mikrophone, die eine Antwort ermöglichen würden. Es tut eine zuverlässigere Rückkopplung nur. Der sozialistische Meinungpluralismus gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Vertiefung des Demokratisierungsprozesses.

Die Tagung setzt ihre Arbeit fort.

Chefredakteur I. V. Jakob GERNER

Unsere Anschrift:

Казахская ССР,  
480044, Алма-Ата,  
ул. М. Горького, 50,  
4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredaktion — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84.  
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zellinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»

ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме  
воскресенья и понедельника

Ордена Трудового  
Красного Знамени  
типография Издательства  
ЦК Компартии Казахстана  
480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана

офсетным способом

Объем

2 печатных листа

M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УГ02290 Заказ 12023